

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

**Sitzung 3/2012 vom 15. März 2012, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun**

---

#### Anwesend

|             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Stadtrat    | Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach<br>Damen und Herren, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann (bis Geschäft Nr. 17), Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Piero Catani, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Alain Kleiner, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer |
| Gemeinderat | Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| Ferner      | Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| Sekretariat | Stadtratssekretär Remo Berlinger<br>Protokollführerin Alexandra Bachmann                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |

#### Entschuldigt

Gemeinderätin Ursula Haller  
Stadträtinnen und Stadträte Peter Aegerter, Christine Buchs,  
Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Christian Josi, Sandra Ryser

**Schluss der Sitzung** 19.00 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst er Nora Läng (SP) als neues Stadratsmitglied willkommen und wünscht ihr für ihre Arbeit im Rat viel Befriedigung.

## 12. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 16. Februar 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

## 13. Postulat P 8/2011 betreffend portofreies Wahl- und Abstimmungscouvert bei der brieflichen Stimmabgabe

### Fraktion Grüne vom 24. November 2011; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Die durchschnittliche Stimmbeteiligung in der Stadt Thun ist, gemessen an der Stimmbeteiligung im Kanton Bern, mit 39 % unterdurchschnittlich. Steffisburg, wo portofrei abgestimmt werden kann, kommt auf eine 4 % höhere Stimmbeteiligung als Thun. Der Erlass des Portos würde der Stadt laut Gemeinderat 50'000 Franken kosten. Die Fraktion möchte wissen auf welcher Grundlage diese Schätzung basiert. Die Fraktion wünscht, dass die Stadt etwas unternimmt, um die Stimmbeteiligung zu heben und ist überzeugt, dass der Erlass des Portos hierzu hilfreich wäre. Möglich wäre auch ein Versuch. Die Fraktion hält am Postulat fest.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, wünscht auch eine hohe Wahlbeteiligung. Die bestehenden Möglichkeiten für eine kostenlose Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sind aber genügend. Der Erlass des Portos würde zudem die Wahlbeteiligung nicht erhöhen. Wäre das Gegenteil erwiesen, würde die Fraktion dem Erlass des Portos zustimmen. In Anbetracht der heutigen Sachlage sind die Kosten dafür zu hoch. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass dieses Anliegen mehr Kosten verursacht als Ertrag generiert. Der eigentliche Aufwand für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist die Meinungsbildung und das Ausfüllen der Stimmzettel und nicht das Bezahlen des Portos. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, bezweifelt, dass der Erlass des Portos einen Einfluss auf die Stimmbeteiligung hat. Die Gründe für die Nichtbeteiligung sind unterschiedlich. Zudem sind die heutigen Möglichkeiten, kostenlos abzustimmen, genügend. Die Fraktion würde die Idee im Grundsatz zwar begrüssen, die Kosten sind aber mit 50'000 Franken zu hoch. Letztlich wird das e-Voting diese Problematik in Zukunft lösen. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, orientiert, dass die Fraktion das Postulat ablehnt. Auch die SP wünscht sich eine höhere Wahlbeteiligung. Doch die Gründe des Gemeinderats, die gegen den Verzicht des Portos sprechen, sind nachvollziehbar. Die Fraktion wünscht vom Gemeinderat, dass er Alternativen, wie mehr Abstimmungsurnen in den Quartieren, prüft. Die 50'000 Franken sollen besser für die Einführung des e-Votings oder spezifische Projekte, wie das Easy-Abstimmungsbüchlein, eingesetzt werden.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, findet den Gedanken des Vorstosses gut, ist aber der Meinung, dass eine portofreie Abstimmung nicht zu einer höheren Stimmbeteiligung führt. Er ist überzeugt, dass etwas, das nichts kostet, nichts wert ist. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, informiert, dass Steffisburg, Interlaken und Münsingen, wo portofrei abgestimmt werden kann, in den letzten zwei Jahren eine Stimmbeteiligung zwischen 43,7 % und 46,6 % erreichten. Der Kantonsschnitt betrug 42,08 %. Städte, die ein Porto verlangen, haben alle Werte unter dem Kantonsschnitt: Thun (39,9 %), Biel (36,5 %) und Burgdorf (41,6 %). E-Voting ist begrüßenswert, aber Zukunftsmusik. Eine Zwischenlösung ist notwendig. Portos haben einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Dies liesse sich mittels eines Versuches beweisen. Es wäre schade, die Finanzpolitik über die Staatspolitik zu stellen.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** stellt fest, dass alle die Stimmbeteiligung erhöhen wollen. Über den Weg herrscht Uneinigkeit. Die Gründe für die tiefe Stimmbeteiligung sind vielfältig und aufgrund fehlender Untersuchungen nicht bekannt. Die Kausalität zwischen dem portofreien Abstimmen und einer hoher Stimmbeteiligung ist nicht erwiesen. Die von Thomas Hiltbold genannten Beispiele können widerlegt werden. Zum Beispiel zahlt der Kanton Zug allen das Porto, weist aber eine tiefere Stimmbeteiligung als der Kanton Bern auf. Die Kosten von 50'000 Franken beruhen auf einer Schätzung. Der Gemeinderat ist von folgenden Faktoren ausgegangen: vier Urnengänge pro Jahr, 31'000 Stimmberechtigte, eine Stimmbeteiligung von ca. 35 % und davon 90 bis 95 % Personen, die brieflich abstimmen würden.

**Der Rat** lehnt das Postulat mit 31 : 3 Stimmen ab.

#### 14. Postulat P 2/2012 betreffend Verteilung des "Easy - Abstimmigsbüechli"

**Schori Franz (SP) und Lanzrein Lukas (SVP) und Mitunterzeichnende vom 16. Februar 2012;**  
**Beantwortung**

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erfreut, dass der Gemeinderat das Easy-Abstimmungsbüchlein in einem Pilotversuch während 2½ Jahren unterstützen will. Es ist sinnvoll, sich auf die Altersgruppe der 18 bis 22-jährigen zu konzentrieren. Sehr erfreut ist die Fraktion auch über den Thuner Zukunftsjugendtag vom 2. Juni 2012.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, freut die positive Antwort des Gemeinderates innert der kurzen Frist. Das Abstimmungsbüchlein ist nicht nur für die Jungen, auch ältere Personen können davon profitieren. Das Büchlein hat eine hohe Qualität und ist so neutral, wie das offizielle Abstimmungsbüchlein. Es handelt sich zudem um ein Pilotprojekt, das evaluiert werden kann. Mit dem Easy-Abstimmungsbüchlein werden gezielt Personen unterstützt, die mitbestimmen wollen. Dies ist ein Vorteil gegenüber der vorangegangenen Vorlage. Eine vernünftige Staatspolitik ist gleich viel wert wie eine gescheite Finanzpolitik. Die Fraktion beantragt die Annahme des Postulats.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, findet das Abstimmungsbüchlein sinnvoll, um die Jugend zum Abstimmen zu bewegen. Die Publikation alleine genügt aber nicht, um das politische Interesse zu steigern. Deshalb freut die Fraktion, dass der Gemeinderat verschiedene Angebote plant. Der finanzielle Mehraufwand für das Büchlein ist sinnvoll und aufgrund der beschränkten Dauer auch verkraftbar. Die Fraktion unterstützt das Postulat.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, ist der Meinung, dass das Abstimmungsbüchlein einen gelungenen Kompromiss zwischen Umfang und Richtigkeit findet. Dessen Versand ist ein Versuch wert. Allerdings muss bei einer allfälligen Weiterführung des Versuches seine Wirkung nachgewiesen werden. Der Gemeinderat soll schon jetzt die Evaluation aufgleisen. Statt einer statistischen Erhebung wäre es hierzu einfacher, die Adressaten zum Abstimmungsbüchlein zu befragen. Die Fraktion unterstützt das Postulat unter der Voraussetzung, dass der Pilotversuch evaluiert wird.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass das Easy-Abstimmungsbüchlein qualitativ sehr gut und zielgerichtet ist. Ein Versuch ist sinnvoll. Dieser muss aber unbedingt evaluiert werden. Zudem sind weitere Massnahmen notwendig, um die Jungen wie auch die über 22-jährigen zum Wählen und Abstimmen zu bewegen. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist eine höhere Stimm- und Wahlbeteiligung wichtig. Es bleibt aber dahingestellt, ob diese Aktion nun zielgerichteter ist, als der Erlass des Portos. Doch auch in Anbetracht, dass nicht alle Adressaten davon profitieren werden, ist es die Investition wert. Entscheidend ist, dass der Versuch ausgewertet wird. Leider wird damit das Problem, dass die offiziellen Unterlagen scheinbar so schwierig zu verstehen sind, nicht beseitigt.

**Lukas Lanzrein** (SVP) erklärt, dass das Büchlein der betroffenen Altersgruppe flächendeckend zugesandt wird. Es richtet sich dabei an diejenigen, die interessiert sind.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** dankt für die positive Aufnahme der gemeinderätlichen Antwort. Es ist schon bedenklich, dass nun eine private Trägerschaft beauftragt werden muss, das offizielle Abstimmungsbüchlein verständlich darzustellen. Alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollten einfach und verständlich informiert werden. Vor Ablauf des Versuches wird eine Evaluation durchgeführt. Wie diese ausgestaltet ist, ist jetzt noch offen. Eine Befragung, wie Konrad Hädener vorgeschlagen hat, ist aber sicher prüfenswert.

**Der Rat** stimmt dem Postulat einstimmig zu.

## 15. Postulat P 11/2011 betreffend Änderung der Einbürgerungsverordnung

### SVP-Fraktion vom 24. November 2011; Beantwortung

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** ergänzt die Postulatsantwort. Damit eine Einbürgerung stattfinden kann, muss die Person während zwölf Jahren in der Schweiz und zwei Jahre vor der Gesuchseinreichung in Thun wohnen. Es gibt Spezialregelungen für Kinder und Jugendliche sowie Ehepaare. Gefordert ist eine Eingliederung in die schweizerischen Verhältnisse. So müssen Sprachkenntnisse vorhanden sein, die Person muss mit den Sitten und Gebräuchen vertraut und erwerbstätig sein. Sie muss die Rechtsordnung beachten, darf keine Straf- oder Betreibungsregisterauszüge und keine hängigen Anzeigen haben. Die finanziellen Verpflichtungen müssen erfüllt sein. Es darf kein Konkurs und es dürfen in den letzten fünf Jahren keine Verlustscheine vorliegen. Die Steuern müssen bezahlt oder geregelt sein. Gefordert ist wirtschaftliche Selbständigkeit oder der Nachweis, dass alles dafür unternommen wurde. Das Gesuch, das bei der parteipolitisch zusammengesetzten Einbürgerungskommission eingereicht wird, beinhaltet einen Sprachtest, einen Straf- und Betreibungsregisterauszug, eine Steuer- und Wohnsitzbestätigung, eine Registrierung des Zivilstandesamts, Referenzauskünfte und das Befragungsprotokoll der Einbürgerungskommission. Die Kommission befragt nur diejenigen Personen, die auf Wunsch von mindestens einem Kommissionsmitglied eingeladen werden. Etwa 50 % der Personen werden ohne Befragung dem Gemeinderat zur Einbürgerung vorgeschlagen. Die Zahlen der Einbürgerungen werden publiziert. Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung des Postulats.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, waren diese Informationen bekannt. Trotzdem ist die Fraktion mit der Antwort des Gemeinderates nicht einverstanden. Die SVP ist nicht gegen Einbürgerungen. Es ist aber nicht richtig, dass eine Integration nur vermutet und nicht nachgewiesen werden muss. Die Dauer der Wohnsitznahme ist für die Beurteilung der Integration nicht entscheidend. Gar nicht nachvollziehbar ist, dass die Einbürgerung laut Gemeinderat nicht der Abschluss einer erfolgreichen Integration, sondern nur ein gewichtiger Meilenstein sein soll. Die Einbürgerung ist vergleichbar mit dem Fahrausweis; bei dessen Erwerb ist man fähig, Auto zu fahren. Zudem soll klarer werden, dass eine Einbürgerung von ganzen Familien nicht selbstverständlich ist. Die von der Fraktion verlangten Anpassungen könnten auch gleichzeitig mit den Änderungen des Bundesrechts vorgenommen werden. Die Fraktion beantragt die Annahme des Postulats.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, dankt für die gute Information des Gemeinderates. Die Fraktion ist der Auffassung, dass bei den Einbürgerungen allenfalls eine Problematik besteht. Die Forderungen der Postulanten sind aber nicht umsetzbar. Wie soll eine Integration nachgewiesen werden? Der heutige Prozess ist klar. Die Behörden machen ihre Arbeit gut. Eine Vermutung der Integration ist genügend. Eine

Integration ist kaum abschliessbar. In der Konsequenz ist die Einbürgerung ein Schritt im Integrationsprozess. In Anbetracht der anstehenden Änderung des eidgenössischen Einbürgerungsrechts ist jetzt der falsche Zeitpunkt, um in diesem Bereich eine Änderung vorzunehmen. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, orientiert, dass die Fraktion die Haltung des Gemeinderates unterstützt und das Postulat ablehnt. Der Fraktion ist es aber wichtig, dass bei fehlender Integration einer Frau auch der Ehemann nicht eingebürgert wird. So hat der Ehemann eine Motivation, seine Ehefrau bei der Integration zu fördern.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist der Ansicht, dass es der SVP gut gelingt, Themen aufzugreifen, die bei der Bevölkerung brennen. Die Fraktion ist der Meinung, dass eine Einbürgerung nicht ein politischer, sondern ein verwaltungstechnischer Akt ist. Es muss also analysiert werden, ob die Verwaltung ihre Arbeit gut macht. Die Fraktion ist der Meinung, dass dies so ist. Der Nachweis der gelungenen Integration ist nicht möglich, weil unklar ist, was nachgewiesen werden müsste. Eine Integration kann zudem nicht abgeschlossen werden, da diese ein lebenslanger Prozess ist. Die BDP anerkennt die Sorgen der Postulanten. Die Anliegen des Postulats sind aber bereits umgesetzt oder sind nicht umsetzbar. Die Fraktion lehnt das Postulat aus diesem Grund ab.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die gute Antwort. Die Fraktion lehnt das Postulat ab. Eine Integration kann nur anhand weicher Faktoren gemessen werden, was immer Interpretationsspielraum zulässt. Ein Nachweis ist kaum denkbar. Letztlich ist zu beachten, dass eine Integration immer ein zweiseitiger Prozess ist. Das heutige Verfahren ist genügend.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, informiert, dass die Fraktion die Haltung des Gemeinderates teilt und das Postulat ablehnt. Es ist eine Tatsache, dass die Integration bei jeder Person individuell verläuft. Schon heute können Personen, bei denen die Integration bezweifelt wird, von der Kommission vertieft geprüft werden. Die Thuner Einbürgerungsregeln sollen nicht strenger als im schweizerischen Durchschnitt sein. Das eidgenössische Einbürgerungsrecht ist in Revision. Es ist sinnvoll, dass dann in der ganzen Schweiz die gleichen Regelungen für die Einbürgerungen gelten.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass 95 % der Dossiers unproblematisch sind. In den übrigen 5 % der Fälle fehlen aber die Werkzeuge, um sinnvoll reagieren zu können.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** findet den Vergleich von Reto Schertenleib mit der Fahrschule nicht stimmig. Auch nach der Einbürgerung kann und soll man sich weiterentwickeln. Zum Votum von Frau Schneiter: Wenn die Ehefrau die Kriterien nicht erfüllt, so wird nicht automatisch dem Ehemann das Bürgerrecht verweigert. Jeder Fall wird individuell beurteilt. So werden in gewissen Fällen der Ehemann und die Kinder, nicht aber die Ehefrau eingebürgert. Das revidierte eidgenössische Bürgerrechtsgesetz soll Mitte 2014 in Kraft treten. Der Gemeinderat bittet, das Postulat abzulehnen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass schon heute die Nachweise der Integration erbracht werden. Nur findet diese Regelung im Reglement keinen Niederschlag. Da der Gemeinderat sagt, dass die Annahme des Postulats nichts ändern würde, könnte der Rat dieses annehmen. So wären alle zufrieden.

**Der Rat** lehnt das Postulat mit 24 : 10 Stimmen ab.

## 16. Postulat P 9/2011 betreffend unabhängige Kostenschätzung des Schlossberg-Parkings

### Fraktion Grüne vom 24. November 2011; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist erfreut über die Antwort des Gemeinderates. Punkto Kosten wünschen alle Seiten Klarheit. Knackpunkt dieses Projektes wird dessen Finanzierbarkeit sein. Darum ist

eine unabhängige Kostenschätzung notwendig. Erstaunlich ist, dass der Gemeinderat, anders als früher, keine besonderen technischen und finanziellen Risiken erkennt. Es ist wichtig, dass die Parkhaus Thun AG für die Volksabstimmung die Kosten für den Bau und Unterhalt transparent offen legt. Die Fraktion beantragt die Annahme des Postulats.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, begrüsst das vorgeschlagene Vorgehen des Gemeinderates. Es ist gut, dass das Projekt einem Totalunternehmer übergeben werden soll. Dadurch werden die finanziellen Risiken minimiert. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und stimmt dem Postulat zu.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, gefällt, dass die Parkhaus Thun AG und das Tiefbauamt sehr gut zusammenarbeiten und dass sie die kritischen kostenwirksamen Faktoren aufzeigen. Es ist sehr gut, die bestehende Kostenschätzung für die Ausschreibung zu aktualisieren. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, begrüsst, dass ein Totalunternehmen verpflichtet werden soll und dass der Gemeinderat den Betrag der öffentlichen Hand festgelegt hat. Man muss sich aber bewusst sein, dass auch eine Kostenschätzung eines Dritten keine absolute Sicherheit verspricht. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, findet, dass der Gemeinderat alles unternimmt, um das Projekt möglichst genau zu analysieren. Es bringt nichts, alle Projekte aufzuzählen, die finanziell suboptimal gelaufen sind. Die Fraktion unterstützt, dass eine unabhängige Schätzung eingeholt wird und nimmt das Postulat an.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, nimmt das Postulat an und teilt die Haltung zur Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Parkhauses. Gleichzeitig ist die Fraktion überzeugt, dass die Attraktivität der Innenstadt nicht vom Bau des Parkhauses abhängt. Das finanzielle Risiko ist mit dem gewählten Modell eher gering. Trotzdem ist eine umfassende Information bezüglich der Kosten sinnvoll. Über den Inhalt der Information muss zu einem späteren Zeitpunkt noch diskutiert werden.

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** stellt einen Konsens bezüglich den finanziellen Anforderungen an den Bau des Parkhauses fest. Der Gemeinderat selber ist sehr an einer soliden Kostenschätzung und der Wirtschaftlichkeit des Parkhauses interessiert. Nach der Volksabstimmung werden die Kosten nochmals verifiziert. Es ist also durchaus auch möglich, dass das Volk dem Bau zustimmt, das Projekt aber wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit dennoch nicht realisiert wird.

**Der Rat** stimmt dem Postulat einstimmig zu.

## 17. Postulat P 10/2011 betreffend das Erstellen eines kartographischen Solarkatasters für Thun

### Lehnherr Gina (glp) und Mitunterzeichnende vom 24. November 2011; Beantwortung

Gina Lehnherr, **Fraktion der Mitte**, befriedigt die Antwort des Gemeinderates nicht. Es ist befremdlich, dass der Gemeinderat die Energie Thun AG (EnT) für die Antwort beizieht. Die EnT ist Marktteilnehmerin und vertritt Eigeninteressen. Es ist wohl klar, dass sie sich nicht aktiv an einem Solarkataster beteiligen will. Das Solarkataster soll eine Investition der Stadt für Gebäudeeigentümer sein. Der Gemeinderat spricht viele Punkte nicht an und äussert sich u. a. nicht konkret zum Kosten-Nutzenverhältnis. Die genannten Beispiele sind zudem nicht abschliessend. Die Fraktion wird das Postulat nach dessen Annahme trotzdem abschreiben. Die Grünliberalen werden aber die fehlenden Informationen bei der Verwaltung einholen und allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Vorstoss einreichen.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, teilt die Meinung des Gemeinderates. Die hohen Kosten und der geringe Nutzen sprechen gegen die Erstellung eines Solarkatasters. Die im Vorstoss geforderten Aufgaben wären riesig. Zudem veralten die Daten aufgrund der ändernden Verhältnisse dauernd. Es ist die Aufgabe des Einzelnen, diese Daten bei Bedarf zu erheben. Die nützlichen Elemente kann man bereits heute mit

Google Earth eruieren. Die Gemeinde hat strukturelle Aufgaben, wie das Bereitstellen der Leitungen, der Trafostationen oder die korrekte Abrechnung der Einspeisevergütung. Ob eine Solaranlage installiert wird, ist nicht von einem Solarkataster abhängig, sondern vielmehr von der Einspeisevergütung, dem Dachzustand, dem Zusammenspiel von Stockwerkeigentümern und dem Entscheid der Bank. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass Personen, die eine Solaranlage installieren wollen, sich dieses Wissen aneignen können. Für die Fraktion wäre ein Solarkataster nice to have, das Kosten-Nutzenverhältnis wäre aber nicht gegeben. Besser soll zuerst der entsprechende Vorstoss auf nationaler Ebene abgewartet werden. Die BDP-Fraktion wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, orientiert, dass die Fraktion ebenfalls dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung des Postulats folgt. Jeder Hausbesitzer hat heute die Möglichkeit zu prüfen, ob bei ihm eine Solaranlage installiert werden kann.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, sieht das Potenzial eines Solarkatasters. Im Einzelfall muss aber so oder so eine individuelle Prüfung stattfinden. Für diese Prüfung sind bereits Instrumente vorhanden. Der Kanton Bern ist daran, das 3D-Modell zu aktualisieren. Die Kartographierung soll ab 2013 abgeschlossen sein. Voraussichtlich werden diese Daten den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kosten für das Programm zur Erstellung eines Solarkatasters werden von Meteotest für die Stadt Thun auf 20'000 bis 30'000 Franken geschätzt. Die Fraktion wünscht, dass die Stadt abwartet, bis die Grundlagen des 3D-Modells vorhanden sind. Dann soll die Diskussion wieder aufgenommen werden. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, schliesst sich den vorangehenden Voten an und unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** dankt Herrn Stutz für die präzise Analyse und die Ergänzungen der gemeinderätlichen Antwort. Der Gemeinderat war anfänglich der Erstellung eines Solarkatasters nicht abgeneigt. Es fehlt aber an den technischen Grundlagen, um ein wirklich wirksames Solarkataster zu erstellen. Ein einfacher Solarkataster würde die Stadt mindestens 50'000 Franken kosten. Es ist richtig, wenn der Gemeinderat mit der EnT eng zusammenarbeitet, besitzt die Stadt doch 100 % der Aktien. Zudem gibt es keinen Grund, warum die EnT nicht an privaten Stromerzeugern interessiert sein soll, will sie doch ihre Eigenproduktion ausbauen. Der Gemeinderat will eine Energie-Stadt. Das Wichtigste ist aber, dass es eine effiziente Energieberatung gibt. Eine einfache Beratung ist in Thun kostenlos, eine umfassende Beratung kostet zwischen 200 und 250 Franken. Dies ist ein sehr gutes Angebot.

**Der Rat** stimmt einstimmig der Annahme und der gleichzeitigen Abschreibung des Postulats zu.

## 18. Interpellation I 22/2011 betreffend Veloparkplätze Bahnhof Thun

**Lehnherr Gina (glp) vom 24. November 2011; Beantwortung**

**Gina Lehnherr** (Fraktion der Mitte) ist von der Antwort befriedigt.

## 19. Fragestunde

**F 2/2012 betreffend Parkplätze für Fahrzeuge mit einer Höhe über 2,1 Meter; Verena Schneider (EDU) vom 13. März 2012**

Die schriftliche Antwort des Gemeinderates auf die Frage 2/2012 liegt auf.

## Mitteilungen

**Der Stadtratspräsident** weist auf die der Sitzung folgende Einladung des Kunstmuseums hin. Der Gemeinderat entschuldigt sich für den Anlass; er hat die Ausstellung an der Vernissage bereits besucht und wird nächste Woche weiteren Besuch dorthin begleiten.

## Eingänge

- Postulat betreffend Offenlegung der finanziellen Auswirkungen eines Parkhauses City Ost im Schlossberg auf die Rechnung der Stadt Thun; SP-Fraktion vom 15. März 2012
- Interpellation betreffend neue Nutzung der Liegenschaft Falken; BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 15. März 2012

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger